

Versammlung der deutschen freisinnigen Partei.

Hamburg, 24. März. Eine Zahl von reichlich 3000 Personen füllte am gestrigen Abend die Räume des Concertgartens. Um 8 1/2 Uhr betrat den Abgeordneten Dr. Hanel, Richter und Eugen Richter den Saal, geführt von dem Tagesabgeordneten Dr. Gieschen und lebhaft begrüßt vom Publikum. Herr Dr. Gieschen übernahm den Vorsitz der Versammlung und eröffnete die Tagesordnung mit einer kurzen Einleitung. Hierauf ergriff Prof. Hanel das Wort.

Es sei seine Aufgabe, auch vor den Wählern die Gründe darzulegen, welche zur Bildung der neuen Partei geführt hätten. Nicht die Gegner, sondern selbst einige Anhänger hätten den Einwurf gemacht, die neue Partei sei nur eine äußerliche Vereinigung, ein Schachzug in politischen Spiele. Die Noth des Augenblicks hätte die Einigung gezeitigt, die Sorge gegenüber den bevorstehenden Reichstagswahlen sei das Motiv gewesen und der Erfolg könne zweifelhaft sein. So sage man — aber sei das ein Vorwurf? Es sei im Gegenteil ein Einwand bejagter Gegner; für die Begründer der Partei liege die Ermüdung maßgebend gewesen, daß ein wohlgefügtes Pfeilbündel unzerstörbar sei, während einzelne Pfeile leicht brächen. Die neue Partei aber wolle weder brechen noch biegen. (Beifall.) Wenn die neue Partei nur eine äußerliche Vereinigung der Sectionisten und Fortschrittler sei, so würde es vielleicht praktischer gewesen sein, nach dem Grundsatze unfreies großes Strategen zu handeln: „Getrennt marschieren, vereint schlagen.“ Diese Voraussetzung sei nicht richtig, eine vollständige innere Gemeinschaft sei geschlossen worden. Man habe angenommen, es hätte, um das Programm zu Stande zu bringen, von der einen Seite eine Spentung nach rechts, von der anderen nach links stattfinden müssen. Daran sei jedoch kein wahres Wort. Es sei im Gegenteil die höchste Gemüthsregung für die Einigung, daß keiner genötigt gewesen sei, etwas von seinen Überzeugungen zu opfern. Diese Thatsache sei eine Bürgschaft, daß diese Vereinigung eine gesicherte Zukunft haben werde. Das Programm habe diesen oder jenen früher erstrebten Punkt fallen lassen. Die Führer hätten die Verantwortlichkeit einer längeren Trennung nicht übernehmen wollen, und der alten inneren Gemeinschaft sei jetzt durch die Schaffung der neuen Partei auch das äußere Siegel aufgedrückt. Heute sei es nun an der Wählerchaft, daß sie dem Unternehmen der Führer ihre Billigung erteile. Darauf redneten dieselben ein so sicheres, als es sich nicht nur um die Gegenwart, sondern in bedeutend höherem Maße auch um die Zukunft handle. Der erste Punkt des Programms bezwecke den Aufbau eines institutionellen Verfassungslebens durch ein verantwortliches Reichsministerium. Ein Jeder fühle, wie weit wir von dieser Anforderung jetzt entfernt seien. In diesem Augenblicke hätten wir ein Regiment, welches sich auf die Zerstückelung der Parteien in der Volkvertretung stütze. Bei solchem System sei der wahre Einfluß der Volkvertretung vorbei und eine maßgebende Bedeutung derselben für Ziel und Richtung der Politik nicht vorhanden. Die parlamentarische Thätigkeit sei degradirt zu einem Hemmert, welches zwar hier und da hindern aufzutreten, aber keinerlei fruchtbare Thätigkeit entfalten könne. Dies sei der Schein-Constitutionalismus, welcher uns beherrsche, welchem die neue Partei gegenüberstehe, um die Rechte der Volkvertretung zur vollen Entfaltung und Geltung zu bringen. Das könne nur geschehen durch eine leistungsfähige Partei. Das jetzige Regierungssystem sei nur auf eine Person zugeschnitten und würde ausschließlich getragen von einem Manne, welcher durch seine ungeheuren Verdienste zu einer besonderen Stellung emporgerückt sei. Diese Verdienste verbanke derselbe Alles, Macht, Ehre und Ansehen, aber er habe keinen politischen Erben. Wenn seine Hand die Fäden der Regierung nicht mehr führen würde, so sei jeder Versuch unmöglich, das jetzige Regierungssystem noch länger aufrecht zu erhalten, es werde unmittelbar die Gefahr eintreten, daß die nationale Einigung wieder verloren gehe und selbst Monarchie und Kaiserthum in Frage gestellt würden. (Anhaltender Beifall.) Das Streben der neuen Partei gehe dahin, im constitutionellen Staate die Zukunft des Parlamentarismus zu sichern. Aus diesem Prinzip allein sei die Einigung entsprungen. Das sei der Blick in die Zukunft, welchen die deutsche freisinnige Partei eröffne, und sei der Hoffnung und Ueberzeugung, daß hinter diesem Streben das deutsche Volk stehen werde.

Nun erteilte der Vorsitzende dem Reichstagsabgeordneten Richter das Wort, der mit Bezugnahme auf die Ausführungen seines Vorgesetzten nochmals betonte, daß die Vereinigung der beiden Parteien, mit Zurückstellung aller persönlichen Rücksichten erfolgt sei, lediglich um dem Auf zu willfahren, der seit Jahren und bringender noch in den letzten Monaten an die Führer der liberalen Parteien ergangen sei. Sein Vorgesetzter habe, indem er die Bedeutung der neuen Partei für den deutschen Parlamentarismus ausgedrückt habe, den ersten Punkt des gemeinschaftlichen Programms erörtert, Redner werde nun in einer allgemeinen Beleuchtung den zweiten Punkt derselben, die socialpolitischen Fragen, erörtern. Allerdings von der Handelspolitik ein Langes und Breites zu reden, erweise ihm in Hamburg überflüssig. Wenn man in Hamburg an den Ufern des Deans alljährlich die Großartigkeit des Verkehrs sehe und doch nicht die Erwerbsfreiheit auf sein Banner schreiben und nicht erkennen wolle, daß auf der freien Entfaltung der individuellen Fähigkeiten allein auch die volle Entfaltung der nationalen Kräfte beruhen könne, so müsse man allerdings mit wenig guten Willen an das politische Stadium gehen. Auch der Reichsanwalt habe sich früher zu diesem Glauben bekannt, und wenn er 1878 sagte, daß er früher blindlings Herrn Debrauk gefolgt sei, so sei Redner doch ein zu treuer Anhänger der Bismarck'schen Vergangenheit, als daß er sich nicht seine früheren Ansprüche und Wohlthaten gemerkt habe. Als nämlich im Jahre 1862 der preussische Landtag eröffnet worden sei, habe Bismarck in der Thronrede u. A.

auch von dem eben abgeschlossenen Handelsvertrag mit Frankreich Kenntniß geben müssen, nach dessen Ratifikation beunruhigt die Blätter einer neuen handelspolitischen Aera angebrochen sei. Bismarck habe damals seine Freude über das Zustandekommen des Vertrages offen ausgesprochen und gesagt, daß er in der einmüthigen Zustimmung zum Vertrage eine Bürgschaft sehe für die dauernde Geltung der Grundzüge einer Handelspolitik, welche nicht nur dem Interesse, sondern auch der Tradition der preussischen Regierung die am meisten entsprechende sei. Was die „großen Bismarck'schen Pläne“ anlange, so habe auch Redner, als er sich nunmehr vor 15 Jahren in das Studium der Socialpolitik vertieft habe, es für möglich gehalten, durch Organisation von Alters-, Invaliden- und Todtenkassen die Gesellschaft zu verbessern und die sociale Frage endgültig zu lösen. Aber inzwischen sei er niedriger geworden, die Ethen des realen Lebens hätten ihm die Flügel seiner Phantasie alku sehr beschmitten, als daß er jetzt nicht nach langjährigen praktischen Erfahrungen erkennen sollte, wie wenig diese Volksbeglückungsströme auf eine Verwirklichung im realen Leben rechnen oder hoffen dürfen. Als die Industrie ihrerseits 4 Millionen zur Etablierung der Unfallversicherung habe hergeben sollen, da habe sie sich mit Hand und Fuß gegen dieses Anstehen gewehrt, indem es ihr, wie sie behauptete, schlechterdings unmöglich sei, einer solchen Zumuthung pekuniär zu genügen. Woher nun, frage Redner, wolle man, wenn selbst die Herbeischaffung von 4 Millionen schon unüberwindliche Schwierigkeiten zu machen scheine, 400, 500 oder vielleicht 600—800 Millionen nehmen, um die „großen Bismarck'schen Pläne“ in ihrem ganzen Umfange zu realisiren? Woher diese Unsummen nehmen? Das einzige Requirit wäre die Steuerlaste, aber was man aus dieser dem Einen gebe, nehme man beunruhigend dem Andern. (Heiterkeit.) So bliebe also das einzige Rettungsmittel das, daß das Ausland uns den Befallen thue, unsere Schuldschulden zu tragen. Nun, das habe man ja auch eine Zeit lang sich und sehr geglaubt oder wenigstens behauptet, und angenommen, es wäre dies wirklich der Fall, würde dann nicht alsobald das Ausland eben so schlau sein, wie wir, und uns ebenfalls schlaunigt mit Schuldschulden belasten, vielleicht nur um die gleiche Summe unserer Dollarscheine, vielleicht aber und sehr wahrscheinlich Weise noch um ein Bedeutendes mehr? Wenn die freisinnige Partei auch gegen das Kantengesetz gestimmt habe, so sei sie doch nicht prinzipiell gegen den Kassenzwang, den sie selbst im Hilfskassengesetz durch Disziplin eingeführt habe, auch sei sie nicht prinzipiell gegen das Eingreifen der Staatsgewalt, aber sie habe sich grade in diesem Falle nicht von der Heiligkeit dieses Eingreifens überzeugen können; denn es solle der Bureaucratismus und der Polizeinippel nicht da hineinrücken, wo man auf privatem Wege weit Besseres geleistet habe und zu leisten fortgehen werde. (Lebhafter Beifall.) Bureaucratismus habe man in Deutschland überhäuft genug und übergenug. (Bravo.) Nun aber überhäufe man sich förmlich mit neuen bureaukratischen Einrichtungen; ehe man die Folgen eines neuen Gesetzes abwartet, ergehe schon das andere auf der Tagesordnung. So stehe denn wiederum neben anderen wichtigen Fragen das Unfallversicherungsrecht im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Auch bei diesem für die Lösung der socialen Frage überaus wichtigen Subject liege der Liberalismus nicht bloß mit Negotiationen getommen. Als die Bundesregierungen noch den Schlaf des Gerechten schliefen (Heiterkeit), habe der Liberalismus in den Jahren 1868—69 zuerst auf Erfüllung der Verpflichtung gedrungen. Das Haftpflichtgesetz sei lediglich eine Ergründung des Liberalismus, die Forderungen, die man damals an die Regierungen gestellt habe, seien konfret und dem vorliegenden Bedürfnis so entsprechend gewesen, daß man sie zum Segen der arbeitenden Bevölkerung erfüllen konnte; die Verpflichtungen aber, die man jetzt von der Bismarck'schen Seite mache, könne man absolut nicht erfüllen. Die freisinnige Partei sei nicht prinzipiell gegen das Unfallversicherungsrecht, denn das höchste Prinzip dieses größten Bismarck'schen Problems sei das Prinzip des Staatszwanges, gegen welchen sich sogar nicht einmal Bamberger absolut ausgesprochen habe; zwei Gründe aber seien es hauptsächlich, welche den Redner und seine Partei gegen das Gesetz sein lassen: das sei erstens der ungenügende Apparat, der nicht durchführbar sei, der schließlich doch nur für eine Kleinigkeit geschaffen werde, in so fern nämlich durch die staatliche Versicherung nicht mehr als 4—5 Millionen Arbeiter den schon jetzt auf privatem Wege Versicherten zugesührt würden, zweitens aber die durch das Unfallversicherungsrecht bedingte Vereitelung der Privat-Versicherungsgesellschaften. Hier heiße es „Principis obsta!“ Das Tabakmonopol sei vorläufig beibehalten, sobald aber die „Negationsmänner“ im Reichstage beistimmt sein würden, würde das Tabakmonopol nicht nur wieder aufzuheben, sondern auch durchgesetzt werden. Habe doch erst vor wenigen Tagen der dem Reichsanwalt sehr nahe stehende Herr v. Ziebornmann in einer bromberger Versammlung gesagt: „Nur das Tabakmonopol kann uns retten, und Sie Alle noch werden es erleben!“ Und dies habe Herr v. Ziebornmann gesagt, obgleich unter den Anwesenden sehr ergrante Köpfer gewesen seien. (Lebhafte Heiterkeit.) Auch die freisinnige Partei wolle mitarbeiten an den großen Aufgaben der Gegenwart, sie sei zufrieden, wenn sie nur in stättiger Anzahl im Parlament sitzen und die schlechten Gesetze, die die Regierung mache, ablehnen könne. Die Neigung und die Pflicht, sich zu regieren, die Bismarck ihr in die Schuhe geschoben habe, habe sie keineswegs, obgleich selbst das kleinste konservative Praktischen auf einen Ministerstuhl Anspruch mache. (Heiterkeit.) Niemals sei die äußere Politik eines Staates von einem Parlamente so freudigen und dankbaren Herzens anerkannt worden, als die des deutschen Reichsanwalts; aber auch dem größten Genie sei es nicht möglich, was das Volk auch neben der großen Politik benötige, zu übersehen und zu vollbringen, da müsse das Volk selbst mithelfen, und daß ihm die

Gelegenheit geworden, das sei die geschichtliche Bedeutung der Verfassung und des Parlamentarismus. In dieser Zeit ernsten und allgemeinen Zusammenwirkens müßten alle bürgerlichen Parteien eng und fest zu einander stehen, dann werde man in Zukunft von unsem Tagen sagen, daß sie nicht nur große Staatsmänner, Selbsterne und tapfere Soldaten, sondern auch Charaktere und ehrenfeste Bürger gehabt haben. (Anhaltender Beifall.)

Eugen Richter (mit Beifall begrüßt): Die Socialdemokratie siegte im ersten hamburgischen Wahlkreise allein deshalb, weil diejenigen, welche Hand in Hand miteinander hätten gehen sollen, einander in den Haaren lagen. Jener Sieg der Socialdemokratie hat aber auch außerhalb Hamburgs einen erheblichen Einfluß ausgeübt, und er hat dazu beigetragen, das Bewußtsein der Socialdemokratie im ganzen Reiche zu heben. Damals schon schrieb man laut: „Fort mit der Fortschrittspartei!“ und doch ist grade die Fortschrittspartei es gewesen, welche, als die bekannte, Hamburg um interessirende Spritfabrik im Bundesrathe fabrizirt wurde, schon im Reichstage die Angelegenheit zur Sprache brachte. Wenn ich den Ausdruck Schnapspolitik gebrauch habe, so that ich das, um gegen eine einseitige Interessentpolitik Front zu machen, um gegen eine Spiritusbesteuerung zu kämpfen, bei welcher der Industrie auf Grund der gesteigerten wissenschaftlichen Erkenntniß den größten Nutzen hat, um endlich gegen eine Tarifpolitik zu kämpfen, durch welche Spiritus nach Hamburg billiger befördert wird, wenn er per mare weiter gefandt wird, um ferner gegen einen deutschen Exporteurs namhaft geschädigt wird. (Bravo.) Das alles zusammen, meine Herren, habe ich unter dem Begriffe Schnapspolitik subsumirt, und so wie ich die Schnapspolitik verurtheile und bekämpfe, so bekämpfe ich auch die Holzpolitik des Fürsten Reichsanwalts und ferner als eben so ungerechtfertigt dessen Zuckerpolitik. (Anhaltender Beifall.) Wir begehren in Deutschland ausläubliche Produkte theurer, als die Ausländer und, wir begehren unsere deutschen Produkte gleichfalls theurer, als die Ausländer, weil wir dem Exportirenden noch eine Ausfuhrprämie vergüten. Solche Zustände aber nennt man nationale Wirtschaftspolitik. (Große anhaltende Heiterkeit.) Ich verwerfe die Zuckerpolitik des Fürsten Reichsanwalts eben so wie dessen Schweinepolitik. (Stürmische Heiterkeit.) Der Fürst Reichsanwalt habe die Debatte über das Socialkassenrecht benutzt, einen Vorwurf auf die Fortschrittspartei zu schleudern; Fürst Bismarck sei allerdings ein gewiegter Diplomat, am vorigen Donnerstage habe er aber doch lernen müssen, daß auch die deutsche freisinnige Partei diplomatisch vorzugehen wisse. Die Partei habe nämlich eingesehen, daß der Fürst Bismarck elektrisch geladen gewesen sei gegen die Fortschrittspartei (Große Heiterkeit), daß er auf die Gelegenheit gewartet, diese Partei anzugreifen; man habe aber in der Partei sich gesagt: wir explodiren von selbst (Heiterkeit), wir warten nicht auf den Angriff. Freund Hanel sei nun beauftragt gewesen, die Ansichten der deutschen freisinnigen Partei über das Socialkassenrecht klarzulegen, und der Fürst Reichsanwalt habe mit dem Eingriff in die Debatte warten wollen, bis der Abgeordnete Hanel sich geäußert. Hanel habe aber geschwiegen, und da habe der Präsident seinen Schiffsführer ins Haus herabgeleitet, um fragen zu lassen, ob der Abgeordnete Hanel nicht das Wort verlange. (Heiterkeit.) Man habe aber geantwortet: Nein, vielleicht möchte der Abgeordnete Windthorst das Wort, diesen habe man doch zunächst fragen. (Heiterkeit.) So sei es gekommen, daß der Fürst Bismarck, der sich auf die Redner der deutsch-freisinnigen Partei habe legen wollen, warten mußte, bis nur noch der Abgeordnete Windthorst auf der Rednerliste gestanden. Da habe dann Windthorst, um nicht das Wort zu verlieren, reden müssen. (Heiterkeit.) Nun hatten wir, was wir wollten. Der Kanzler setzte sich auf Windthorst, und wir hörten lächelnd und uns die Hände reibend u. Da, in einem Male, griff der Reichsanwalt die Fortschrittspartei an. Der Fürst Reichsanwalt begünstigte die Fortschrittspartei, der Socialdemokratie die Nachruh zu zuführen. Ist es denn die Fortschrittspartei gewesen, welche die zahllosen Tabakarbeiter zur Auswanderung getrieben? Ist es nicht vielmehr die Maßregelung durch das in Aussicht gestellte Tabakmonopol, welche die Auswanderung bewirkte? Ist es die Differenz zwischen der Fortschrittspartei und dem Zielen der Socialdemokratie, welche zur Auswanderung veranlaßt, oder ist es die Abneigung vor der dreißigjährigen Dienstzeit und ihren Konsequenzen, und ist es nicht die aus der Zusammenfassung des Grundbesitzes in wenigen Händen resultirende Unmöglichkeit, selbst bescheidenen Grundbesitz zu erwerben, was die jungen, aufstrebenden Elemente immer wieder hinausreibt aus dem Vaterlande nach Amerika, in denen ihre Existenz und Selbstständigkeit ihnen wesentlich erleichtert wird? (Anhaltender Beifall.) Keine andere Partei fest dem Socialismus und naturgemäß auch dem Staatssozialismus so scharf und feindselig gegenüber, wie gerade die Fortschrittspartei und die jetzt neugegründete deutsche freisinnige Partei. (Beifall.) Vom Staatssozialismus werden alle Reichthümer ausgeleitet auf den Staat, von der deutsch-freisinnigen Partei wird aber darauf aufmerksamer gemacht und auch stets in Zukunft darauf hingewiesen werden, daß allein die Selbstthätigkeit des Aremum sein kann! (Lebhafter Beifall.) Wir haben inhaltlich der Socialdemokratie schroff gegenüber und doch stimmen wir nicht für das Socialkassenrecht und werden auch jetzt nicht für dasselbe stimmen. (Lebhafter Beifall.) Redner begründete diese Stellung der deutschen freisinnigen Partei. Wir wollen keine Ausnahmengesetze, die angewandt werden, um die Ueberzeugung Anderer zu bekämpfen. Wir wollen das Socialkassenrecht auch deshalb nicht, weil es uns hindert an der Bekämpfung des Socialismus. Bebel's Ausbruch über die Frauen würde mehr gegen die Socialisten ausrichten als alle Redner der Gegner zusammen. Leider ist das auch verstanden. Redner schloß mit in drastischer Weise die Tendenzen dieses Bundes. Der Socialismus der Zukunft ist ein großes Schicksal.

haus; die Arbeiter würden in diesem sozialistischen Staat noch unter die Verhältnisse des Juchstaus kommen. Die freimütige Partei muß gegen den Sozialismus Front machen; er ist es, der die Kraft des deutschen Bürgerthums gebrochen, der die Reaktionsperiode verschuldet hat. Hier müssen der 1. und 2. Wahlkreis wieder für unsere Partei gewonnen werden. Das wird nicht leicht werden, aber es ist möglich. Die hiesigen Geschäftsmänner müssen sich um die Politik kümmern, sonst wird sich die Politik noch mehr als bisher um das Geschäft kümmern. Hamburg hat aber die Pflicht, von hier aus auf die Nachbarstädte zu wirken. Hamburg sollte den Ruf haben, daß in seiner Nachbarschaft kein Conservativer gewährt werde. Auch Lauenburg darf nicht in die Hände eines Conservativen kommen, das sind Sie seinem ersten Bürger schuldig. (Ungehöriger Beifall.)

Nach einem Schlusswort Dr. Giesdens, das mit einem dreifachen Hoch auf die Redner schließt, wird die Versammlung um 10 1/2 Uhr geschlossen.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung vom 26. März.

Präsident v. Leo ergo eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. (Das Haus ist äußerst lehrhaft besetzt.)

Am Tische des Bundesrats: Fürst Bismarck, v. Bötticher, v. Barf. u. a. Ein Gelegetheur, betreffend die Vorfälle für die Wäntzen und Wäntzen von Angehörigen des Reichsheeres und der Marine und die Nothwehr zum Militär-Pensions-Gesetz vom 27. Juni 1871.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag der Abgeordneten Dr. Barth, betreffend die Einführung der Rührungsvergütungsgesetze nach §§ 30 und 31 des Gesetzes, betreffend die Befreiung des Zehnten. Der Antrag lautet: „Der Reichstagspräsident zu erlassen: beim Bundesrat zu beantragen, die in den §§ 30 und 31 des Gesetzes, betreffend die Befreiung des Zehnten festgesetzten Rührungsvergütungsgesetze nimmend in vollem Umfange zur Einführung zu bringen.“

Nachdem Abg. Dr. Barth (deutsch-freil.) den Antrag unter Hinweis auf die Wünsche der Interessenten und darauf, daß nach dem Umstande von Zehnten aus der Zeit vor dem Jahre 1869 nicht mehr vorhanden sind, gerechtfertigt, ergreift Fürst Bismarck das Wort, um zunächst darauf zu verweisen, daß der Bundesrat nicht mit dieser Angelegenheit sich beschäftigt habe und daß eine Meinungsvorberathung in Bezug auf dieselbe zwischen dem Reichstage und Bundesrat nicht eintreten, und also gegen die Form des Antrages keine verfassungsmäßigen Bedenken zu erheben. Der Antrag richte an den Reichstag das Ersuchen, beim Bundesrat zu beantragen: „den Reichstag nicht bereit, dem Reichstage den Reichstage beantragte Aufträge zu übernehmen; er könne im Bundesrat nur im Auftrage des Reichstages handeln. Bundesrat und Reichstag haben sich mit diesen verfassungsmäßigen Rechten geeinigt und in dem Antrag hätte ebenso gut statt „den Reichstag zu erlassen“ stehen können: „den Reichstag nicht bereit, dem Reichstage den Reichstage beantragte Aufträge zu übernehmen.“ Wenn der Reichstag einen bestimmten Beschluß fassen, so sei er bereit, denselben dem Bundesrat zu übermitteln, bestimmte Funktionen für sein Verhalten im Reichstage könne er sich indessen nicht ertheilen lassen.

Abg. Dr. Barth (nat.-lib.) rechtfertigt ebenfalls den Antrag; er hält den Reichstag für vollkommen berechtigt, ein Wort, wie das beantragte, abzugeben.

Fürst Bismarck spricht seine Bemerkung über die Rede aus, mit welcher der Redner den Antrag vertheidigt, über den eine Meinungsverschiedenheit gar nicht besteht.

Abg. Dr. Windthorst (Centrum) beantragt: mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichstages über den Antrag Barth-Druck zur Tagesordnung überzugehen. Ueber die weiteren Ausführungen des Reichstages spreche er seine hohe Befriedigung aus; die Praxis habe die verfassungsmäßige Rechte des Reichstages völlig verfehlet und derselbe habe in seinen Ausführungen vollkommen Recht. Sollte der Reichstag seinen Antrag ablehnen, so beantrage er eventuell den Eingang des Antrages Dr. Barth zu setzen: „Der Reichstag wolle beschließen: dem Bundesrat zu erlassen:“

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Barth und einer Erwiderung des Fürsten Bismarck wird über den Antrag Dr. Windthorst auf Ablehnung zur Tagesordnung abgestimmt. Bei der Zählung (Stimmzettel) stimmen 104 mit Ja und 80 mit Nein, so daß der Reichstag nicht beschlußfähig ist.

Nächste Sitzung Donnerstag 1. Uhr. (Marine-Anleihe, Pension-Gesetz, Ueberentwurf mit Begleitern.)

Vocales.

Halle, 27. März.

* [Aus der Universitäts.] Wie bekannt, hätte Herr Professor Schmidt hieselbst einen Ruf an die Universität Marburg erhalt.

* [Schulnotiz.] Zur Ergänzung unserer gestrigen Mittheilung fügen wir noch hinzu, daß am 24. März 116, am 25. März 113 und am 26. März 163, zusammen 392 Mädchen in die hies. Volksschulen aufgenommen wurden. Dazu gezählt die 342 neu aufgenommenen Knaben (einer war noch nachträglich angemeldet worden), ergibt sich für die Volksschulen eine Gesamtzunahme von 734 Kindern. Vom Jahre überweg die Zahl der aufgenommenen Mädchen diejenige der Knaben um 45, diesmal um 50.

* [Vortrag.] Der Erfindungsreife, Herr August Einmal aus Heidelberg, wird nächste Woche hier einen Vortrag über seine Afilareien halten, der ein höchst interessanter und fesselnder zu werden verspricht, denn nach den vorliegenden Berichten über die in anderen Städten gehaltenen Vorträge des vielgerühmten und von der großbritannischen Regierung mit hohen Ehren ausgezeichneten Mannes hatten sich dieselben der größten Anerkennung zu erfreuen und riefen das allgemeine Interesse des Auditoriums wach. In Rücksicht auf die allgemeine Interesse des Auditoriums wach. In Rücksicht auf die allgemeine Interesse des Auditoriums wach. In Rücksicht auf die allgemeine Interesse des Auditoriums wach.

* [Versammlung.] Am 21. April wird der allgemeine deutsche Jagdschutzverein in der „Stadt Hamburg“ eine Provinzialversammlung abhalten.

* [Der Halle'sche Beamten-Verein] hielt gestern im Saale zur Tulpe seine erste ordentl. Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Herr Vorsitzende von Seiten des Vereines durch ein festliches begangenes Feiern des Kaisersgeburtstages, bewährte das Mitglieder zahlreicher Mitglieder wegen dienstlicher Behinderung und brachte unter begeisteter Zustimmung der zahlreichen Anwesenden ein dreimaliges Hoch auf den geliebten Kaiser aus. Zur Tagesordnung übergehend, ergab der eingehende Bericht des Vorsitzenden ein hoch erfreuliches Bild von

dem Zusammenwirken des Vorstandes und der Mitglieder und entsprach diesem auch das allerseits erreichte Resultat. Unter diesen Umständen mußte jeder Gedanke der Ruhe von den bisherigen Vorstandmitgliedern aufgegeben werden. Ohne Debatte erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, nämlich der Herren Halspach, Schräpler, Schindler, Puttammer, Kimpf, Müller, Voigt und Hermes.

* [Monatsversammlung.] In der gestern Abend in Rohl's Restauration abgehaltenen Monatsversammlung des St. Ulrichskirchen-Vereins wurde zunächst der aus den Herren Pastor Wächter, Postdirektor Hering und Kaufmann Bonstedt bestehende bisherige Vorstand wiedergewählt. Die von Herrn Rentant Ulsmann gelegte Rechnung ergab eine Einnahme von 128 Mark 92 Pf., eine Ausgabe von 99 Mark 35 Pf. und somit einen Bestand von 29 Mark 57 Pf. Nachdem die Rechnung geprüft und desargirt war, sprach Herr Pastor Wächter über das Wesen und die Ziele des Kirchbau-Vereins. Dem in der gestrigen Nummer unseres Blattes enthaltenen Artikel, welcher über dieses Thema ausführlich handelte, fügen wir nur noch hinzu, daß der Kirchbau-Verein gegenwärtig etwa 500 Mitglieder zählt und bereits ca. 4000 Mark Vermögen besitzt. Dasselbe dient man dadurch zu fördern, daß um dieselbe Zeit wie im vorigen Jahre aus Anlaß der Zutherfeier, nämlich kirchengeschichtliche Vorträge veranstaltet wurden. Eine an diesen Vortrag sich anschließende Frage ging dahin, ob es nicht möglich sei, die Ulrichskirche in der Art zu vergrößern, daß dieselbe aus einer zweifelhafte in eine dreifelhafte Kirche verwandelt werde, und gab Anlaß zu einer lebhaften Debatte, in welcher namentlich die Schwierigkeiten der Bauausführung und der hohe Kostenpunkt hervorgerufen wurden. Hiernit zusammenhängend kam auch zur Sprache, daß der zur Ausschmückung der inneren Kirche gebildete Fonds noch sehr gering sei, und es wurde dem Vorstande in Erwägung gegeben, ob es sich nicht empfehle, zum Besten jenes Fonds in der Parodie eine Kollekte zu veranstalten. Die längste Beipredung des Abends nahm die Vermietung der Kirchensitze in Anspruch. Es sind jetzt in ganzen 237 Sitze vermietet, welche einen jährlichen Ertrag von 1003 Mark ergeben. In der Beipredung beleuchtete Herr Oberprediger Sidel die Vortheile und Nachtheile dieser Vermietung. Zu ersteren gehöre, daß die Kirche dadurch ihre Einnahmen vergrößere, und die Ulrichskirche gerade durch dieses Geld am wenigsten entbehren. Sodann heisse es, der Miether sei sicher, auch wenn er etwas später komme, daß immer einen ihm concurrenden Platz zu finden. Es sei aber nicht zu verlernen, daß Manager sich von der Kirche fern halte, weil er fürchte, seinen ordentlichen Platz zu bekommen, obwohl diese Befürchtung grundlos sei, da in allen Kirchen und vornehmlich in der Ulrichskirche, ein Jeder von dem Rufes einen Platz zugewiesen bekäme. Ferner werde durch die Vermietung gewissermaßen sogar in der Kirche der Unterschied zwischen Reich und Arm aufrecht erhalten, was doch eigentlich nicht der Fall sein sollte. Dazu komme, daß die Sitze verschlossen seien. Die besten Plätze könnten also, wenn die Anhaber nicht ergriffen, was namentlich im Sommer mandant gefähre, nicht an andere Leute überwiefen werden. Es empfehle sich daher, die Sitze unvergeschlossen zu halten. Für wissenschaftlich hielt es der Redner, daß analog dem früheren Kirchenkollegium, die Gemeindevorstände und Kirchengewaltigen besondere Plätze bekämen. Diejenige Gebanthe wurde jedoch in der Versammlung widerprochen. Die Debatte über diesen Gegenstand war sehr lebhaft. Die Meinung neigte sich dahin, daß die Sitze nur bis zur Liturgie reservirt werden sollten. Schließlich wurde eine Resolution gefaßt, dahin gehend: Der St. Ulrichskirchenverein erklärt sich damit einverstanden, daß für die Kirchensitze eine gewisse Steuer erhoben werde, welche für die bevorzugten Plätze (in den Ständen) progressiv erhöht werden dürfe, erkläre sich aber dagegen, daß diese Sitze verschlossen seien. Nachdem die Resolution mit großer Majorität angenommen war, wurde noch auf einen in allen Kirchen tief empfindenen Uebelstand aufmerksam gemacht. Bei jeder nur irgendwie größeren Trauung können eine Menge neugieriger Frauen, Mädchen, sogar wohl Kinderfrauen, mit in die Kirche. Dieselben verhalten sich nur nicht etwa still und andächtig, sondern stören auf der Sigen umher, sobald sie die heilige Handlung in ihrer Feierlichkeit sehr beeinträchtigen. Um diesen Uebelstand abzuhelfen, und zugleich eine, wenn auch nur geringe Einnahme der Kirche zuzuführen, wurde beschloffen, der Gemeindevorstand zugleich mit oben genannter Resolution in Erwägung zu geben, ob es angehe, daß bei außerordentlichen Gelegenheiten den Unbefähigten der Eintritt in die Kirche nur gegen vorliegende Lösung einer Karte gestattet werde. Die diesmalige Vereins-Sammlung ergab 6 Mark 67 Pf. Zuletzt wurde noch über den in der Bildung begriffenen Chorverband der Provinz Sachsen gesprochen, und die Verammlung eingeladen, an der am 3. Osterfesttage im Stadthaus hiesigen stattfindenden Generalversammlung sich zu betheiligen.

* [Verpackung der Turnhalle.] In dem heute Vormittag 10 Uhr in der Rathshaus angeordneten Termine zur öffentlichen meistbietenden Vermietung der auf dem hiesigen Hofplatze belegenen städtischen Turnhalle zur Benutzung als Schanzenlokal während des am 3. und 4. April stattfindenden Wies- und Krammarts hatten sich mehrere Kestanten eingefunden. Das Angebot von 160 M. steigerte sich schließlich bis auf 300 M., welche der Restaurateur Herr August Moritz von hier das vorletzte Gebot mit 290 M. abgab. Die Ertheilung des Auftrages blieb den Vermietungsbedingungen gemäß vorbehalten.

* [Neue Kantentassen.] Seitens des hiesigen Magistrats sind an die verschiedenen Abtheilungen der bis jetzt unter städtischer Oberverwaltung stehenden Kantent-Unterstützungskassen, behufs Feststellung der Statuten der aus diesen Kassen neu zu bildenden Kantent-Unterstützungskassen, Anfragen ergangen 1) wie hoch der durchschnittliche Tageslohn der (männlichen, weiblichen, erwachsenen und jugendlichen) unter 16 Jahre alten Versicherungspflichtigen beläuft;

2) ob und wie viel die Lehrlinge schon Lohn erhalten; 3) wie hoch die Naturalbezüge an Wohnung und Kost für die bei den Arbeitgebern im Hause wohnenden Gezellen resp. Lehrlinge pro Tag zu veranschlagen sind, und 4) ob bei den Gewerbetreibenden, deren Arbeiter versicherungspflichtig sind, Betriebsbeamte, und in diesen Falle mit welchen Gehältern resp. Naturalbezüge, angeführt sind, und welchen Geldwerts pro Tag die Lehrlinge haben. Die Organisation resp. Konstitution der neuen Kassen wird sich in Bälde vollziehen, und werden schon in den nächsten Tagen die von den verschiedenen Generalversammlungen gewählten Delegirten zu Konferenzen mit der dazu erwählten gemischten Kantentassen-Kommission auf dem Rathshaus zusammengetreten.

* [Augentheil.] Die neue Königl. Universitäts-Augentheil, Magdeburgerstraße, beginnt mit dem 1. April ihre Thätigkeit und finden unmittelbare Augenkrankheiten daselbst täglich in der Zeit von 9 1/2 — 11 Uhr unentgeltlich Rath und Hilfe.

* [Die Wiese'sche Musikschule.] Gestern Nachmittag fand in den Räumen des Hotels zum Kronprinz die Prüfung der Schüler und Schülerinnen der E. D. Wiese'schen Musikschule statt. Es hatten sich zu diesem Zwecke etwa 80 Schüler und Schülerinnen sowie die Angehörigen derselben eingefunden. Sämmtliche auf dem Programm befindliche Piecen wurden unter Leitung des Herrn Wiese von den jüngsten bis zu den ältesten Schülern und Schülerinnen tadellos vorgetragen und befandete die Ausbildung derselben, das das nunmehr 20 Jahre alte Musik-Institut sich der Erziehung seiner Schüler mit dem größten Eifer und der gehörigen Umsicht genöthigt hat. Es kamen unter Andern Stücke der berühmtesten Komponisten, wie Hünter, Nicci, Mendelssohn, Mozart, Beethoven, Haydn, Rossini, Wagner u. a. zum Vortrag. Eine große Fertigkeit entwickelten namentlich die Schüler und Schülerinnen der ersten Klasse und muß hier wie auch in den übrigen Klassen das Zusammenwirken der 4- und 8stimmigen Piecen, bei welchen eine gute Schulung vorangegangen sein muß, besonders hervorzuheben werden. Die Vortragenden des Sonntages von Haydn für Violine und Piano, der Sonate von Beethoven und des Walzers von Chopin ernteten wegen ihres guten Spiels besonders großen Beifall. So endete um 1 1/2 Uhr Abends die angenehme Feier. Hoffen wir, daß dieselbe ein Jeder befriedigt verlassen hat.

* [Vorturnerturne.] Am kommenden Sonntag den 30. März findet hier in der hies. Turnhalle die erste Vorturnerturne des Nord-Deutschen Turnvereins unter Leitung des Gutsrentmeisters Herrn Reuter von Nachmittags 3 Uhr an statt. Derselbe schließt sich eine Verammlung des Turnvereins an der Saale in großen Saale des „Rohentpales“ an und wird in derselben Herr Professor Koblitz, wieder einen Vortrag, diesmal über das „Herenheim“ halten. Es steht Jedermann frei, diese lehrreichen Vorträge, welche genauger Herr bereits wiederholt in diesem Kreise hielt, zu besuchen, und unterlassen wir daher nicht, auch an dieser Stelle wieder darauf hinzuweisen.

* [Zur Vermeidung von Verwechslung.] Aus dem Publikum ist an uns die Anfrage ergangen, ob die Künstlerin Fräulein Wintler, welche am Freitag im Volkschul-Saale und die, welche am Sonnabend im Saale der Franke'schen Stiftungen auftreten wird, ein und dieselbe Person sei. Wir theilen daher mit, daß Fräulein Wintler aus Leipzig unseres Wissens Gängerin ist, während Fräulein Martha Wintler aus Berlin, die am Freitag sich hören läßt, Pianistin ist und als ein hiesiges Kind wohl noch Mandem hieselbst in Erinnerung sein dürfte.

* [Die Uebergabe von Briefen] oder anderen Sachen, welche durch die Post befördert werden können, an einen Postbeamten zur Mitnahme, um so das Porto zu sparen, fällt unter die Strafbestimmung des § 27 des Reichspostgesetzes, auch wenn die mitgegebenen Sachen nicht dem Postzwange unterliegen.

* [Sonnensfinsterniß.] Heute findet eine partielle Sonnensfinsterniß statt, die nur im Norden Europas und in den nördlich davon gelegenen Polargegenden sichtbar ist. Die größte Verfinsternung — im nördlichen Eismeer — beträgt etwa 1/4 des Sonnenburchmessers. Die südliche Grenze der Sichtbarkeit in Deutschland liegt unter dem 48. Breitengrade (etwa München oder Wien). In unserer Gegend währt die einige Minuten vor 6 Uhr beginnende Finsterniß ungefähr 20 Minuten.

* [Himmelsercheinung.] Mit dem gestern Abend 11 Uhr 13 1/2 Minuten eingetretenen Neumonde fand zugleich die von 19 zu 19 Jahren sich wiederholende Erneuerung des Mondes statt. Die Jazraeliten sprechen bei diesem Ereigniß denselben Gegensatz, welchen sie bei Blig-Wetterleuchten und ähnlichen Naturerscheinungen zu sagen pflegen.

Stadtsamt Halle. Meldung vom 26. März. Aufgehoben: Der Dachpeter Franz Portius, großer Berlin 18, und Marie Emilie Gläcker, Köpzig. — Der Eisenbeder Ernst Hans Köpzig, Kl. Schlam 12, und Wilhelmine Karoline Metula, Hohenfurt. — Der Maurer Friedrich Karl Leopold, Fleischerstraße 38, und Pauline Friederike Reuber, Karlstraße 30. — Der Kutsher Hermann Franz Klaus und Pauline Bertha Ida Birnfeld, Aulstedt. — Der Schneider August Louis Strensch, Halle a/S., und Emilie Friederike Anna Franke, Vandenberg. — Der Schmied Johann Friedrich Schaffner, Halle a/S., und Emilie Bertha Schmidt, Müchdorf. — Der Kellner Johannes Karbe, Hirschel, und Johanne Magarthe Karoline Meyer, Verta.

Geschlechtsnamen: Der Steuer-Amts-Assistent Karl Albert Reinhold Günther, Halberstadt, und Karoline Elise Mathes, v. d. Steinberg 6. — Der Tischler Heinrich Bernhard Benjamin Grunwald, und Emma König, Hartzgasse 11.

Geboren: Dem Strafanwalts-Anwält Friedrich Wiele, Fleischerstraße 30, eine F., Anna Gertrud Helene. — Dem Fleischer J. Drechsler, Hiltengasse 2, ein S.,

Karl August. — Eine unehel. T., Entb.-Institut. — Dem Malermeister Wilhelm Braune, Karlsruferstraße 6, ein S., Adolf Richard.

Geförben: Des Zimmermann Hermann Ballas E. Willy, 1 Z. 2 W. 18 T., Abzebrun, Spitze 34. — Die Witwe Emma Schubert geb. Gelbde, 74 Z. 3 W. 23 T., Herzfelder, Niemeperstraße 5. — Wilhelmine Daberhül, 23 Z. 11 W. 11 T., Ungenoeben, Dämonenhaus. — Des Maurer Albert Soebel L. Marie, 7 Z. 2 W. 7 T., Abzebrun, Sommergasse 9. — Des Zeugführer Friedrich Wachsmauth S., 3 T., Schwäche, Hallgasse 7. — Des Kaufmann Max Steye L., 10 T., Krämpfe, Darferstraße 6.

Standesamt Siebichenstein.

Meldung vom 24. März.

Aufgeboten: Der Schiffer W. H. Bernstein, Halle, und F. A. Schuster, Siebichenstein. — Der Modellstichler A. F. A. Dege und E. F. A. Röder, Halle. — Der Fleischer H. P. Petermann, Halle, und A. A. C. F. Lintz, Brunnengasse 33.

Geboren: Dem Schuhmachersfr. H. J. Lohs eine T., Brunnengasse 28b.

Gestorben: Der Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher L. Linde, 49 Z. 6 W. 17 T., Schminnsch, Martinsstift.

Meldung vom 25. März.

Aufgeboten: Der Handarbeiter C. G. Murr, Siebichenstein, und F. W. Reinsdorf, Zauchstädt.

Geboren: Ein unehel. S., Hofenstraße 4.

Provinzielles.

Freiburg a. d. U., 24. März. Ein Arbeiter von hier hat sich einer Urkundenfälschung dadurch schuldig gemacht, daß er, als er sich in Eckartsberga standesamtlich verheiratete, ein für seinen Bruder ausgefertigtes Geburtszeugnis vorlegte und sich für seinen Bruder ausgab. Er hatte wahrheitsgemäß bekräftigt, das Standesamt werde nach seinem kriminaljuristischen Lebenslauf fragen, der kein besonderes glänzendes ist.

Leiz, 26. März. In einer hiesigen Werkstatt trieben am Montag anlässlich der Nachfeier eines Balles die Gesellen allerlei Allokria, wobei auch der Klatsch so fleißig zugesprochen wurde, daß einer derselben wahrscheinlich in Folge übermäßigen Genußes von Spirituosen vom Schläge gerührt wurde und gestorben ist.

Bermitteltes.

Lobenstein. Dieser Tage machte ein junger Mann von 24 Jahren, der Sohn des Schuhmachers B. hier, da durch seinem Leben ein Ende, daß er eine Dynamitpatrone in den Mund nahm, diese entzündete und sich so erschoss. Was den gut beleumdeten jungen Mann zu der unseligen That veranlaßt hat, ist unbekannt. Nachforschungen können es nicht sein, da ihm am 1. April d. Z. die Stelle eines Landbriefträgers übertragen werden sollte.

Dannover, 25. März. In der letzten Zeit sind unter den Schülern unseres Realgymnasiums mehrfach Entlassungen an Diphtheritis vorgekommen, von denen einige leider einen tödlichen Ausgang genommen haben, so daß die Schule jetzt vorläufig geschlossen ist. Hoffentlich wird es nicht an einer eingehenden Untersuchung fehlen, um für

die Zukunft rechtzeitig die erforderlichen Mittel dagegen ergreifen zu können.

Bremerhaven, 26. März. An Bord des auf der hiesigen Röhde liegenden Koopfenichoners „Staatsminister Bacmeister“ brach in der vorigen Nacht Feuer aus, der Schooner brannte fast ganz aus und wurde an der Westseite der Beyer auf den Strand gestößt.

[Aus Newyork] wird unterm 10. März gemeldet: Heute wurde beim Eintreffen des Dampfers „Amsterdäm“ auf telegraphischem Geheiß der deutschen Regierung der an Bord befindliche Bader Karl Huchthausen aus Dielmünster, Herzogthum Braunschweig, vom Hülfsbundesmarschall Bernhardt arretrirt. Huchthausen wird beschuldigt, in Gemeinschaft mit einem gewissen Johann Förster aus dem Bureau seines Onkels, des herzoglichen Kämmerers Huchthausen in Holzminden mittelst Einbruchs 10000 M. gestohlen zu haben. In Huchthausen's Besitz fand man bei seiner Verhaftung einen auf ein hiesiges Banthaus ausgefertigten Wechsel zum Betrag von 300 Dollar, goldene Ringe nebst Uhrkette, ein großes Dolchmesser und einen Revolver. (Förster ist ebenfalls schon in Hamburg verhaftet und nach Holzminden gebracht worden.)

[In Hunstanton] in England lebt eine Frau Namens Rhoda Dunn, die vor Kurzem ihr hundertunddrittes Lebensjahr vollendet und noch geistig und körperlich vollkommen frisch und gesund ist. Die Königin Victoria ließ der Greisin ihr in Kupfer nach einem Gemälde Angel's gefertigtes Portrait zustellen.

Neueste Mittheilungen.

Berlin, 27. März.

Nach den neuesten in Schwerin aus Palermo eingegangenen Nachrichten ist das Befinden der großherzoglichen Herrschaften völlig befriedigend. Die Abreise der großherzoglichen Herrschaften von Palermo wird wahrscheinlich im Laufe dieser Woche eintreten und soll über Neapel zunächst nach Rom gehen. Nach kurzem Aufenthalt an beiden Orten geht das fürstliche Paar sich an den Comersee zu begeben und alsdann, vielleicht im Laufe des Monats Mai, nach Schwerin zurückzukehren.

Ein Berichterstatter der R. Z. schreibt: Die national-liberale Partei hegt die Hoffnung, einen ihrer bewährtesten Führer, welcher sich seit längerer Zeit vom politischen Leben zurückgezogen hat, den Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Herrn Miquel, wieder an ihre Spitze treten zu sehen. Herr Miquel, den die Herrenhaus-Beratungen an den letzten Tagen hierhergeführt hatten, ist von mehreren namhaften national-liberalen Abgeordneten um Wiederaufnahme seiner parlamentarischen Thätigkeit im Reichstag angegangen worden und er soll sich zumißtimmend ausgesprochen haben, während Herr v. Bennigsen darauf beharrt, seine jetzige Zurückgezogenheit nicht aufzugeben.

Die von den Conserativen und Antisemiten begründeten „Vereine deutscher Studenten“ sagen sich in einer an der Spitze ihres Organs, „Auffhängerzeitung“, abgedruckten Erklärung von Herrn Stöcker und seinem Anhang los.

Ueber neue Eisenbahnpläne zwischen Nord- und Süddeutschland soll eben regierungsfreig verhandelt werden.

Aus der Schweiz wird das Bevorstehen weiterer Anarchisten-Ausweelungen gemeldet.

— Amtlich wird bekannt gemacht, der Hofenplatz No 6 de Janeiro sei eines stärkeren Ausbruchs des gelben Fiebers verdächtig.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 26. März. Bezüglich der Aufhebung der Chaußee- und Brückengebühren ist zwischen beiden Kammern eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Aufhebung nicht schon Ende dieses Jahres, sondern erst Ende 1885 eintreten soll. Wegen Aufhebung der Schweineschlachtfleuer ist eine Einigung nicht zu Stande gekommen; ebensowenig wegen Entlastung der unteren und mittleren Einkommensteuerspflichtigen. Der Bau eines Kunstabemietgebäudes ist durch Annahme eines Kompromisses gesichert. Heute Nachmittag finden die Schlußsitzungen beider Kammern, morgen Mittag 12 Uhr der feierliche Schluß des Landtages durch den König statt.

München, 26. März. Die Landtagsession ist bis zum 8. April verlängert worden, das provisorische Steuergezet wurde mit 111 gegen 10 Stimmen genehmigt. Bei der Beratung des Gebührensatzes begründete der Abgeordnete Graemer den Antrag des Ausschusses auf Revision des Gebührensatzes. Der Finanzminister stellte die Revision des Gebührensatzes in Aussicht, sobald das Gerichtsverordnungsgezet für das Reich residirt worden sei.

Karlsruhe, 26. März. Die zweite Kammer bewilligte heute 4800000 M. zur Errichtung einer Landes-Irrenanstalt zur Emmendingen und stellte nach beendeter Budgetberatung das Finanzgezet für 1884/85 mit 82750537 M. Einnahmen und 84034659 M. Ausgaben fest.

Rom, 26. März. Der „Moniteur de Rome“ schreibt: Mehrere Journale besprechen die Eventualität der Abreise des Papstes. Es scheint uns, als hätten dieselben den Gegenstand der Verhandlung verwechselt: es ist etwas Anderes, zu sagen, eine Frage sei wiedereröffnet, etwas Anderes, die selbe sei bereits gelöst. Die katholischen Publizisten haben Recht, eine Situation zu besprechen, die der Papst für untraglich erklärte, und die wahrscheinlich Lösung ins Auge zu fassen. Sie müssen jedoch dem Papste überlassen, den geeigneten Beschluß zu fassen.

Washington, 26. März. Präsident Arthur ernannte den Gesandten der Vereinigten Staaten in Berlin, A. A. Sargent, zum Vertreter der Vereinigten Staaten in Petersburg.

Kirchliche Anzeige.

Synagogen-Gemeinde: Freitag den 28. März Abends 6 1/2 Uhr Gottesdienst. — Sonnabend den 29. März Vorm. 9 Uhr Gottesdienst.

Wasserstand der Saale (am neuen Unterhaupt der königl. Schiffschleuse bei Trotha) am 26. März Abends 2,30, am 27. März Morgens 2,40 Meter.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Jänich in Halle.

15 Mark sind heute aus dem Vergleiche in Sachst. G. v. B. von dem Schiedsmann Herrn Seidel zur Armenkasse gezahlt. Halle, den 25. März 1884. Die Armenverwaltung.

Bekanntmachung.

Bei der am 14. d. Mts. in Gemäßheit der Bestimmungen des 4. Abschnitts der Controlordnung vom 28. September 1875 stattgefundenen Klassifikation der Reserve- und Landwehrmannschaften aus hiesiger Stadt, rücksichtlich ihrer häuslichen und gewerblichen Verhältnisse, sind von den eingereichten drei Reklamationen die des Kaufmanns Gustav Ferdinand Fuchs und Carl Richard Stedter

dahin berücksichtigt worden, daß dieselben hinter den letzten Jahrgang der Landwehr verlegt worden sind.

Halle a/S., den 19. März 1884.

Der Civil-Vorsitzende
der Stadt-Commission der Stadt Halle a/S.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 54 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 werden die Vormünder hierüber aufgefordert, von jeder Verlegung der Wohnung des Mündels in eine andere Gemeinde oder einen andern Armenbezirk der hiesigen Stadt unserm Secretariat — im Waagegebäude — Anzeige zu machen.

Halle a/S., den 20. März 1884.

Die Armen-Direction.
Der Weifenrath.
Zernial.

Bekanntmachung.

Am 21. März cr. ist am zweiten Schwimmer der Saalmünder Fährde die Leiche einer unbekannt, anscheinend dem Arbeiterstande angehörigen Person angetrieben. Der Verstorbene war etwa 50 Jahre alt und war mit grauer Hufe, schwarzer Luchweste und schwarzem Stoffrock bekleidet. Bei der Leiche wurden zwei bunte Taschentücher, ein Messer und ein Portemonnaie mit 11 Ffg. gefunden, welche Objekte beim Amtsgerichte Weirrin aufbewahrt werden.

Um Auskunft über die Person des Verstorbenen wird zu den Acten J. 806/84 erlitten.

Halle a/S., den 25. März 1884.

Der königliche Erste Staatsanwalt.
von Moers.

Der gegen den Knecht Friedrich Pflum aus Surmin unterm 10. März d. J. 38. erlassene Sterbefrist ist erledigt.

Halle a. S., den 26. März 1884.

Der königliche Erste Staatsanwalt.
von Moers.

Der gegen den Arbeiter Gustav Hermann Wolf aus Niedercorbis unterm 12. März d. J. erlassene Sterbefrist ist erledigt.

Halle a/S., den 25. März 1884.

Der königliche Erste Staatsanwalt.
von Moers.

Ein Laden

am Markt, beste Geschäftslage, zum 1. Juli zu vermieten. Offerten unter I. K. in der Exped. d. Bl. erbeten.

Gröllwitz,

Steinstraße, haben wir zum 1. Juli c. sechs Wohnungen zu vermieten von je 84 bis 96 A jährlichem Miethszins. Nur ordentliche Leute werden berücksichtigt. Gebrüder Bänisch in Dolau.

Bekanntmachung.

In den nächsten Tagen werden den Hausbesitzern befußs Verichtigung der städtischen Miethsteuerlaten Formulare zur Eintragung der mit dem 1. April d. J. (2. Quartal) eintretenden Wohnungs- und Miethsüberänderungen zugehen.

Außer dem in Markt zu verzeichnenden Miethszinse ist genau anzugeben, was sonst noch der Pächter oder Miethser dem Verpächter oder Vermietter als Entschädigung für überlassene Grundstücke, bezw. Wohnungs-Nutzung zu zahlen oder zu leisten hat. Der Werth der nicht in baarem Gelde bestehenden Leistungen wird desselbst durch Abschätzung festgesetzt.

Die ausgefüllten Formulare sind vom 3. Tage des neuen Quartals ab zur Abholung bereit zu halten.

Halle, den 21. März 1884.

Schneiderinnen auf Costüme werden noch dauernd beschäftigt alte Promenade 19, p.

1 comfortabel eingerichtete herrschaftliche Wohnung,

aus 3 Zimmern nebst allem Zubehör u. Garten bestehend, ist zum 1. April an ruhige Miethser, event. auch als Sommer-Wohnung zu vermieten. Anfragen unter G. 21332 abgegeben in der

Annoucen-Expedition von G. Gräfe, große Märkerstraße 7.

Die Wohnungen in dem Hanje Karlsruferstraße 10, herrschaftlich für nur zwei Familien eingerichtet, sind zu vermieten und zum 1. Juli resp. früher oder später zu beziehen und zwar:

Barriere, 5 resp. 7 Zimmer nebst allem Zubehör in Souverain, Veranda sammt Vordergarten,

Belesag, 6 resp. 8 Zimmer nebst allem Zubehör in der 2. Etage sammt dem Hintergarten.

Verthigung von 10—2 Uhr.
Dr. Risel.

Eine Wohnung von 5 heizbaren Zimmern und Küche ist zum 1. April zu vermieten im Fürstenthal. Näheres Markt 19.

Albrechtstraße 30 ist noch die herrschaftlich eingerichtete Barriere, sowie die 2te Etage zu vermieten und jederzeit zu beziehen. Näheres Steinweg 83, im Comptoir.

Der Magistrat.

Zu vermieten gut eingerichtete herrschaftliche Wohnungen mit Gartenbenutzung, Preis 210, 230 und 250 M., sofort oder später zu beziehen Jägerplatz 1a.

Möbl. Etube sofort Geißstraße 21.

Möbl. Schlafstube m. R. gr. Balkf. 24, p.

Möbl. Schlafstube m. R. gr. Altkirch. 18, III.

Möbl. Schlafstube (Woche 75 A) Handstr. 21.

Laden-Gesuch.

Zum 1. October wird ein großer und heller Laden in der ersten Geschäftslage zu mieten gesucht. Offerten sind bis Sonnabend niederzulegen unter G. 32966 bei Haasenstein & Vogler, Halle.

Man annouciert am zweckmässigsten, bequemsten, billigsten, wenn man Anzeigen zur Vermittlung überläßt an die erste und älteste Annoucen-Expedition von Haasenstein & Vogler, Halle, Leipzigerstraße 2.

Hallescher Turn-Verein. Montags und Donnerstags Uebung.

Bekanntmachung.

Die nachstehende Anweisung zur Ausführung des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883, betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung.

Zur Ausführung des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883, betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung (R.-G.-B. S. 159) wird bestimmt:

A. I. Unter der Beförderung, welche Ausnahmen von dem Verbot, im Umherziehen Waaren zu verkaufen oder im Wege des Glückspiels oder der Auspielung (Loterie) abzusetzen, zulassen darf, (§ 56 a. a. D.) und unter der höheren Verwaltungsbehörde (a. a. D. §§ 42b, 55 u. a.) sind, soweit nicht für besondere Fälle etwas anderes bestimmt ist, die Regierungspräsidenten, für den Stadtkreis Berlin der Polizeipräsident, in den Provinzen Posen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und in der Rheinprovinz bis zu demjenigen Zeitpunkt, zu welchem in demselben das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (R.-G.-B. S. 195) in Kraft gesetzt wird, die Regierungs-Abteilungen des Innern (Landdrostämter) zu verstehen.

II. Auf die Ertheilung oder Verlangung der Legitimationsarten für reichsangehörige Handlungsreisende (§ 44a des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883) sowie auf die Ertheilung oder Verlangung der Wandererwerbsscheine (§§ 55 ff. a. a. D.), der Ausdehnung derselben (§ 60 Abs. 2 a. a. D.) und der Genehmigung, bei dem Gewerbebetrieb im Umherziehen andere Personen von Ort zu Ort mitzuführen (§ 62 a. a. D.), finden für den ärztlichen und zeitlichen Geltungsbereich des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (R.-G.-B. S. 237) der § 117 desselben, (bis zum 1. April 1884 der § 131 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 26. Juli 1876 R.-G.-B. S. 297, wo dieses gilt), im Uebrigen die zur Ausführung der Gewerbe-Ordnung erlassenen Anweisungen vom 4. September und 24. November 1869 mit folgenden Maßgaben Anwendung:

- 1) In die Stelle der bisherigen Legitimationsart nach § 44 der Gewerbe-Ordnung treten die Legitimationsarten (§ 44a Abs. 1-5 des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883), an die Stelle der Legitimationsart zum Gewerbebetrieb im Umherziehen die Wandererwerbsscheine (§§ 55 ff. a. a. D.).
- 2) Von unteren Verwaltungsbehörden werden Wandererwerbsscheine nicht mehr erteilt (§ 61 a. a. D.).
- 3) In den im § 59 des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883 vorgesehenen Fällen sind Wandererwerbsscheine nicht mehr auszustellen.
- 4) In den Fällen des § 57 Nr. 5 a. a. D. ist nach § 63 Abs. 2 a. a. D. nur die Beförderung an die unmittelbar vorgelegte Aufsichtsbehörde (A. III. dieser Anweisung), nicht das Verwaltungsverfahren oder das Verfahren nach §§ 20, 21 der Gewerbe-Ordnung zulässig.
- 5) Eine Beschränkung des im § 59 Nr. 2 des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883 für den dazwischen erwähnten Gewerbebetrieb bestimmten räumlichen Gebiets durch die Verwaltungsbehörden ist unzulässig.
- 6) Anträge auf Ertheilung von Wandererwerbsscheinen können gemäß § 61 a. a. D. sowohl an die Polizeibehörde des Aufenthaltsorts wie an die Polizeibehörde des Wohnorts gerichtet werden.

III. Die den höheren Verwaltungsbehörden (A. I. dieser Anweisung) einschließlich der Bezirksausschüsse unmittelbar vorgelegte Aufsichtsbehörde im Sinne des § 63 Abs. 2 a. a. D. ist der Oberpräsident.

IV. Für den ärztlichen und zeitlichen Geltungsbereich des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (R.-G.-B. S. 237) werden die durch dasselbe nicht geregelten Zuständigkeiten gemäß § 121 a. a. D. durch königliche Verordnung bestimmt.

B. Bis zu demjenigen Zeitpunkt, in welchem die Gesetze über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (R.-G.-B. S. 195) und über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (R.-G.-B. S. 237) und die auf Grund des § 131 des letzteren erlassene Allerhöchste Verordnung (A. IV. dieser Anweisung) in Kraft treten, finden für die durch die bisherigen Vorschriften der Landesgesetze nicht ausreichend geregelten gewerblichen Angelegenheiten die Abschnitte D und E der Maßgabe Anwendung, das für den Geltungsbereich des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880 (R.-G.-B. S. 291) an die Stelle der Regierungsabteilung des Innern in den Fällen, in welchen dieselbe öffentlich und mündlich zu verhandeln hat, das Plenum der Regierung im Uebrigen der Regierungspräsident tritt. Im Einzelnen findet hiernach Anwendung:

I. Der Abschnitt D der Anweisung vom 4. September 1869, betreffend das Verfahren bei Verlangung der Genehmigung zum Betriebe eines Gewerbes sowie bei Unterjagung eines Gewerbebetriebes:

- a. auf die Verlangung der Erlaubnis zum Betriebe der im § 33a des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883 bezeichneten Gewerbe und auf die Unterjagung dieser Gewerbebetriebe;
- b. auf die Verlangung der Erlaubnis, innerhalb des Gemeindebezirktes des Wohnortes oder der gewerblichen Niederlassung den im § 42b Abs. 1 a. a. D. bezeichneten Gewerbebetrieb auszuüben, soweit es dazu der Erlaubnis bedarf;
- c. auf die Unterjagung des im § 42b Abs. 1 a. a. D. bezeichneten Gewerbebetriebes mit den in § 59 Ziffer 1 und 2 a. a. D. aufgeführten Erzeugnissen und Waaren, soweit eine solche Unterjagung nach § 42b Abs. 3 zugelassen ist;
- d. auf die Zurücknahme der Legitimationsart sowie auf die Verlangung und Zurücknahme der Gewerbelegitimationsart für reichsangehörige Handlungsreisende (§ 44a a. a. D.);
- e. auf die Unterjagung des Gewerbebetriebes solcher Pfandleiher, welche den Gewerbebetrieb vor dem Inkrafttreten des Reichs-Gesetzes vom 23. Juli 1879 begonnen haben (§ 53 Abs. 3 des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883);
- f. auf die Unterjagung des ohne Wandererwerbsschein zulässigen Gewerbebetriebes im Umherziehen (§ 59a a. a. D.);
- g. auf die Verlangung der Genehmigung des im § 56 Abs. 4 a. a. D. vorgesehenen Druckschriftenerzeugnisses.

In den Fällen zu a bis f entscheidet die untere, im Falle zu g die höhere Verwaltungsbehörde (Nr. 25 der Anweisung vom 4. September 1869);

II. Abschnitt E der Anweisung vom 4. September 1869, betreffend das Verfahren bei Entziehung einer erteilten Approbation:

- a. auf die Zurücknahme der Erlaubnis zum Betriebe der im § 33a des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883 gedachten Gewerbe;
- b. auf die Zurücknahme der zu B. I. b. erwähnten Erlaubnis;
- c. auf die Zurücknahme des Wandererwerbsscheins (§ 61 a. a. D.), der Ausdehnung desselben (§ 60 Abs. 3 a. a. D.) und der Erlaubnis, bei dem Gewerbebetriebe im Umherziehen andere Personen von Ort zu Ort mitzuführen, in den Fällen des § 62 Abs. 2 a. a. D. Berlin, den 29. Dezember 1883.

Der Minister des Innern. Für den Minister für Handel und Gewerbe. v. Puttkamer.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Halle a/S., den 19. März 1884.

Der Magistrat.

Ein stud. phil. erteilt Privatunterricht in allen Gymnasialfächern. Nr. 5 P. 4 Plattfuß und Zeichen erlernen wollen, können sich melden Berggasse 1, Hof, I.

Junge Mädchen, welche das Weisnähen, einen gelben Nops mit schwarzem Gesicht verkauft

Auction.

Am Sonnabend den 29. d. Mts. Nachm. 2 Uhr veräußere ich gr. Brauhausgasse 26 zwangsweise:

- 1 Weidenkrant, 1 Sopha, 1 Kommode, 1 Spiegel, 1 Kahlhühner, vier Stühle, 1 Wiener Long-Shawl, 4 Stück Umhangstücher, 6 Paar neue Herrenstiefeln und 2 Paar neue Damenstiefeln.

Petschick, Gerichtsvollzieher.

Auction.

Freitag den 28. ds. Vorm. von 9 1/2 Uhr an Schulberg 8 hier: Fortsetzung der Auction vom 26. ds.

Zur Versteigerung kommen noch:

- 26 Damenmäntel, 6 Damenjaquets, 1 Stück Confectionstuch, 3 St. Cademir, 7 St. Budstin, 2 St. schwarzes Tuch, 1 Stück Ueberziehtuch, 1 St. Planel, 2 St. Sophadamait, 4 St. Atlas, 5 St. Gardinen, mehrere Kestler Sammet, Shirting, Weidenkrant, Handtücher, Leinwand und Julets, 1 Partie Hosen, Westen, Hemden, Frauenröde, Schürzen, Bett- und Tischdecken, Kragen, Manschetten, Hüte u., 5 Pelztragen, 6 Mäusen, 14 Regenstirme, 3 Lampen, 2 Compottschüssel, 2 neue Bettstellen, 2 Gardeobentänder, 1 Regal, 1 Copirpresse, 3 Uhren, 2 Spiegel u. c.

Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Auction

Sonnabend d. 29. d. Mts. Nachm. 1 Uhr in Ulrichstraße 34 (Geh. 3. 3 Können). O. Radestock, Auct.-Commissar.

Verkauf auf Abbruch.

Das an der Ecke der Bahnhofsstraße, Wertheburgerstraße 48 belegene Wohnhaus soll zugleich auf Abbruch verkauft werden.

Bedingungen in meinem Geschäftslokale Leipzigerplatz 1. Termin zum Einreichen der Angebote 1. April 1884 Vormittags 10 Uhr.

O. Stengel.

Ausschnitt

seiner Wursts und Fleischwaaren. Täglich frische gelochte Zunge, div. Braten, frische Bratgeringe, Keunaugen, Röllmöpfe, ger. Kalb, Gekochkalb, ff. ger. Rheinschlachts und fortwährend großes Lager Conjointer Früchte und Gemüse, Magdeburger Sauerrohlfisch, Pfeffergurken, saure Gurken und Preiselbeeren empfiehlt

W. Assmann, gr. Ulrichstraße 27.

Mein anerkannt großes und geschmackvolles Roggenbrot, sowie meine in weitesten Kreisen bekannten Gabelnütz, Wafrenen, Choccolatz, Apfelsüßes und Vanille-Zwiebäck, Melange-Zwiebäck sind täglich frisch käuflich bei

- W. Pfeiffer, Brunnenplatz 2.
- W. Jahan, Albrechtsstraße 20.
- A. Keil, Schillerstraße 5.
- A. Wiemann, Gerbergasse 6.
- F. Jacoby, Rannischstraße 22.

Carl Koch, Herrenstr. 1.

Seite wohlschmeckende Garzer Handkäse, nur Prima-Qualität, verendet gegen Nachnahme Postkarte (100 Stück) 3 Mk., bei Abnahme von 400 Stück à 2,75 Mk., größere Aufträge billiger, Verpackung wird nicht berechnet.

Wilhelm Rienäcker, Stiege im Harz.

Rheumatismus-, Gicht- und Brustpflaster

a Stück 30 Pfennige, zu haben in den Apotheken.

Zwei neue Regenmäntel preiswürdig zu verkaufen Sommergasse 11, part.

Einen gelben Nops mit schwarzem Gesicht verkauft

Grude-Coak

in ganz vorzüglicher Qualität.

Sachsse & Co., Halle a/S., Magdeburgerstr. 51.

Unentgeltlich

vers. Anweisung z. Richtungs-Zurückkunft mit u. ohne Wissen vollst. zu bezeichnen. M. C. Falkenberg, Berlin C., Roßmanntstr. 62.

6000 Mk.

auf gute 2. Hypoth. sofort oder später ger. jud. Off. sub E. n. 28195 befördert

Rudolf Mosse, Brüderstraße 6.

Zeng- und Blechschmiede-Gesellen

judt sofort

Wilhelm Hedert, große Ulrichstraße 60.

Maschinenführer.

Eine Strohpappenfabrik in Holland, arbeitend mit Maschinen von 4 und 5 Cylindern, sucht 2 durchaus erfahrene Maschinenführer.

Offerten nebst Angaben über frühere Stellung zc. unter A. 1590 in der Exped. d. Bl. erbeten.

Ein jüngeres ordentliches Mädchen zur Aufwartung gesucht Wilhelmstraße 20, II.

Aufwartung gesucht Anhalterstr. 1a, II, I.

Heiml. fleiß. Mädchen gesucht Karststr. 32, p.

Eine geübte Putzmacherin u. Zuarbeiterin findet dauernde Stelle. Offerten unter P. A. in der Exped. d. Bl. erbeten.

Geucht: 1 Verkäuferin für Materialgeschäft, 2 Küchenmädchen u. 2 Wäscherinnen für Badhotel (12 A. monatlich), 1 Wäscherin für Hotel in Leipzig. Mit Attesten melden bei

Frau Binneweiß, gr. Märkerstraße 18.

Köchinnen, Stubenmädchen, Hausmädchen, Mädchen für Küche und Hausarbeit erhalten gute Stellen durch

Pauline Fleidinger, Leipzigerstraße 6.

1 Kind kann mit gestillt werden Händelstr. 21.

Königsplatz 2

ist eine große herrschaftliche Etage zu vermieten. Dasselbst wegen Domizilveränderung der Wirthin die Parterre-Wohnung von 5 Pizzen und Zubehör zum 1. Oktober.

Taubstummen-Anstalt.

Zu der öffentlichen Jahresprüfung, welche Sonnabend den 29. März von 4 bis nach 5 Uhr im Saale der Volkshochschule stattfindet, werden die geehrten Damen des Frauvereins und alle geehrten Gönner und Freunde der Anstalt hierdurch ganz ergebenst eingeladen.

Klotz.

Interim-Stadt-Theater.

Vor dem Steinthor Nr. 7 u. S. Freitag den 28. März 1884. Mit aufgehobenem Abonnement.

Beneß für den Ober-Zinspektor und Kassirer

Hrn. Guno v. Lüthmann zum ersten Mal

Schloss Birkenfeld.

Auffspiel in 4 Akten von Wilhelm Rocco.

Sonnabend:

Usere Frauen.

Leipzig. Neues Theater. Freitag den 28. März. Carmen. Oper. Altes Theater. Freitag den 28. März. Fedora. Drama.

Für den Interimtheater verantwortlich: W. Hoffmann in Halle.